

- Pressestelle Landratsamt Mühldorf a. Inn -

PRESSEMITTEILUNG

25.11.2022

**Landkreis bereitet sich auf Zuweisung von weiteren Geflüchteten vor:
ESV-Turnhalle in Mühldorf wird dezentrale Erstanlaufstelle**

Der Landkreis Mühldorf a. Inn muss sich auf steigende Zugangszahlen von Geflüchteten vorbereiten. Aufgrund der aktuellen Überlastung der Ankunftscentren in Bayern ist es deshalb nötig, im Landkreis Mühldorf erneut eine dezentrale Erstanlaufstelle zu installieren. Standort wird die ESV-Turnhalle in der Adolf-Kolping-Straße in Mühldorf a. Inn sein, die als sogenanntes Drehkreuz fungieren soll.

Derzeit wird die Halle für diesen Zweck entsprechend ertüchtigt, damit sie als Wohnraum nutzbar ist. Das betrifft unter anderem die Themen Nutzungsänderung, Brandschutz, Elektro, Heizung und Warmwasser. Stand jetzt soll das Drehkreuz Mühldorf ab 5. Dezember einsatzbereit sein.

"Aufgrund der kontinuierlich hohen Zahl an Zuweisungen und mangels kurzfristiger Alternativen konnte die Belegung einer Turnhalle leider nicht mehr vermieden werden", sagt Landrat Max Heimerl. "Unser Ziel war es, den Schul- und Vereinssport so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Deshalb wurde auf die Nutzung einer Landkreis- oder Schulturnhalle verzichtet."

Landrat Max Heimerl dankt der Stadt Mühldorf a. Inn für die Unterstützung bei der Suche nach einer dezentralen Anlaufstelle und bittet die betroffenen Sportvereine um Verständnis. "Das Team der Unterkunftsverwaltung ist unermüdlich im Einsatz, weitere Unterkünfte zu akquirieren und bereitzustellen", so Heimerl. Die Suche nach langfristigen Alternativen habe weiterhin Priorität.

Nach ihrer Ankunft am Drehkreuz werden die Geflüchteten sukzessive in dezentrale Unterkünfte verteilt. Wie in den früheren Erstanlaufstellen in Mettenheim und Erharting wird rund um die Uhr ein Sicherheitsdienst vor Ort sein. Wie lange die Halle als Erstanlaufstelle genutzt werden muss, kann noch nicht abgeschätzt werden. Das hängt unter anderem von der Zahl der Geflüchteten ab, die dem Landkreis zugewiesen werden.

"Der Bund muss unbedingt wieder mehr Steuern und aufhören, zusätzliche Anreize zu schaffen, nach Deutschland zu kommen. Unsere Aufnahmefähigkeit ist nicht unbegrenzt und wir kommen inzwischen an die Grenze der Belastbarkeit", kritisiert Heimerl die Bundesregierung.

Pressestelle

Landratsamt Mühldorf a. Inn